

Sammelrezension: Die Relativität der Wahrheit**ANDREAS ELTER:****Die Kriegsverkäufer. Geschichte der US-Propaganda 1917–2005**

Frankfurt a. M. 2005

Edition Suhrkamp, 370 S.

MAGNUS-SEBASTIAN KUTZ:**Public Relations oder Propaganda? Die Öffentlichkeitsarbeit der US-Administration zum Krieg gegen den Irak 2003**

Münster 2006

LIT-Verlag, 158 S.

**JUSTIN LEWIS / ROD BROOKES / NICK MOSDELL / TERRY THREADGOLD:
Shoot First and Ask Questions Later: Media Coverage of the 2003 Iraq War**

New York 2006

Peter Lang Publishing, 212 S.

Die Presse ist im wahrsten Sinne das demokratische Werkzeug der Freiheit, hatte einst Alexis de Tocqueville 1840 in seinem berühmten Reisebericht über Amerika festgehalten.¹ Aufklärerische Medien bilden in diesem Sinne bis heute, so könnte man meinen, das Grundelement demokratischer Ordnungen. Inwiefern diese Erkenntnis jedoch als zutreffend zu gelten hat, wenn Demokratien Krieg führen, und wie sich die Exekutive in einer Demokratie auf die Funktionen der Medien einstellt, sind insbesondere in heutigen Mediengesellschaften zwei gänzlich unterschiedliche und in der Forschung immer wieder gerne gestellte Fragen. Im Gegensatz zu autoritären Regimen können Demokratien einen Krieg gegen die Öffentlichkeit auf Dauer nicht durchhalten. Deshalb kann die öffentliche Mei-

1. Tocqueville, Alexis de (1976): *Über die Demokratie in Amerika*. München: DTV, 82f.

nung in der Heimat – das hatte die US-Administration bereits während des Vietnam-Krieges zu spüren bekommen – als Legitimitätsgrundlage für den Militäreinsatz zur fragilen Instanz werden. Um die Bevölkerung (und vor allem die Wähler) auf einen kriegszustimmenden Kurs zu bringen, erscheint es zwingend, die (mediale) Öffentlichkeit so zu beeinflussen, dass die Sinnhaftigkeit des Kriegseinsatzes außer Frage steht: kurz, propagandistisch zu wirken. Innerhalb dieses Spannungsfeldes bewegen sich die Medien, wenn sie über Kriege berichten. Ein Umstand, der insbesondere seit dem Zweiten Golfkrieg 1991 verstärkt unter die Lupe genommen wird.

Wenn Krieg mit dem Einsatz für Freiheit und Demokratie begründet wird, müsse sich eine Demokratie wie die USA die Frage gefallen lassen, wie sie es selbst halte mit Zensur und Propaganda, fragt Andreas Elter zu Beginn seiner umfassenden Studie über die US-amerikanische Kriegspropaganda. Die Ergebnisse seiner Arbeit sprechen für sich. Das Militär habe sich die Kontrolle sämtlichen Bildmaterials gesichert, infolgedessen die Informationspolitik eine »zweite Front« (261) bildete, lautet folgerichtig die Quintessenz über Zensur und Propaganda während des Zweiten Golfkrieges. Elter beschreibt und analysiert dicht und detailreich Methoden und Auswirkungen US-amerikanischer Propagandamaßnahmen vor, während und nach Kriegseinsätzen im kriegerischen 20. Jahrhundert. Elters Hauptergebnis der US-amerikanischen Kommunikationsstrategien liegt in einer Entwicklungsgeschichte militärischer Propaganda. So habe die Propaganda eines vorangegangenen Krieges stets die des darauffolgenden beeinflusst. Ein Pluspunkt der Arbeit liegt sicherlich in dem sehr flüssigen und gut lesbaren Schreibstil. Andererseits fehlt es deshalb fast zwangsläufig an manchen Stellen an wissenschaftlicher Tiefe – etwa wenn in einem Exkurs über den CNN-Faktor die breite (anglo-amerikanische) Theoriedebatte über den potentiellen Einfluss von internationalen Nachrichtensendern auf außenpolitische Entscheidungen weitestgehend unberücksichtigt bleibt.

Während Andreas Elter historisch argumentiert, arbeitet Magnus-Sebastian Kutz im Querschnitt. Zentrale Fragestellung seiner Fall-Untersuchung ist die Frage, was an der Öffentlichkeitsarbeit der US-Administration vor und während des Irak-Krieges als Public Relations (PR) und was als Propaganda zu bezeichnen ist. Nun ist die Frage, wie Propaganda von anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit abzugrenzen ist, so alt wie die Propaganda selbst. Kutz definiert zunächst Public Relations in Anlehnung an die kommunikationswissenschaftliche Forschung als »das Management von Kommunikationsbeziehungen zwischen Organisationen bzw. Institutionen und der Öffentlichkeit« (24), das dem Ziel folge – und hier kommt der entscheidende Aspekt – »eigene Interessen durchzusetzen«. Propaganda umfasst dann nach Kutz die systematische und geplant manipulative PR. Bei der Einordnung von Propaganda entdeckt man bei den beiden Autoren jedoch unterschiedliche Ansätze: Während Andreas Elter die PR als eine »Unterform der Propaganda« (20) bezeichnet, kommt Magnus-Sebastian Kutz nach brei-

ter Theoriearbeit zu dem Ergebnis, dass »Propaganda ein Teil der PR« ist (29). Nun stellt sich die Frage, ob die unterschiedliche Herleitung dieses Begriffs als Qualitätsmerkmal gelten sollte. Sollte es nicht, denn in beiden Arbeiten steht im Zentrum des Erkenntnisinteresses, die Methoden der versuchten Meinungssteuerung in Kriegen herauszuarbeiten. Und das gelingt – um es vorwegzunehmen – in beiden Werken sehr eindrücklich.

Ein von Andreas Elter aufgeworfenes Problem ergibt sich aus dem Blick auf die Interessenlage der Beteiligten. Die Überschneidung der Interessen von Regierungs-PR auf der einen und den kommerziellen Vorteilen der Medien auf der (vermeintlich) anderen Seite provozieren beim Umgang mit Informationen fehlende Distanz. So bekommen die Medien kostengünstig Material und die Sicht der Regierung erreicht die gewünschte massenmediale Verbreitung. In Kombination mit Ergebnissen von Magnus-Sebastian Kutz, dass es sich bei dem Vorgehen der US-Administration um Propaganda handelte, wäre von einer hochgradig problematischen Konstellation für eine Demokratie zu sprechen – *wäre*. Denn trotz aller kritisch zu würdigenden Verbindungen zwischen politischen Entscheidungen und medialer Vermittlung in Kriegszeiten, lässt sich an dieser Stelle jedoch auch bemerken: Ohne die mediale Verbreitung der Folter-Bilder aus Abu Ghraib wäre dieser Skandal nie zu einem Skandal geworden und international diskutiert worden. Die Medienberichterstattung speist sich also nicht nur aus dem vorbereiteten Input der Kriegsakteure. Inwiefern allerdings die propagandistischen Bemühungen der Regierungen greifen können, hängt in entscheidendem Maße von der Vermittlungsleistung der Medien und damit deren Qualität ab.

Welche Qualität die Berichterstattung während des Irak-Krieges auswies, versuchen die britischen Kommunikationswissenschaftler Justin Lewis, Rod Brookes, Nick Mosdell und Terry Threadgold in ihrem Band »Shoot First and Ask Questions Later: Media Coverage of the 2003 Iraq War« zu beantworten. Der Band trägt seine wichtigste These bereits im Titel: Der Journalist ist als »embedded reporter« zum Kriegsteilnehmer geworden, was den Fokus auf die unmittelbaren Kriegsgeschehnisse offenbar zu Lasten einer kritischen Fragehaltung verengt. Ausgehend von der britischen Berichterstattung versuchen die Autoren mit unterschiedlichen Blickwinkeln, sowohl die Kommunikationsstrategien als auch die Medienvermittlung und deren Wirkung auf das Publikum systematisch zu untersuchen. Dieser Ansatz gelingt jedoch nur teilweise. Während die Ergebnisse der Inhaltsanalysen zur britischen Medienberichterstattung schlüssig, fundiert und methodisch ausgereift erscheinen, liefern die durch Interviews mit Entscheidungsträgern der britischen wie der US-amerikanischen Administration gewonnenen Erkenntnisse nicht immer Fruchtbare. An dieser Stelle erscheinen die beiden deutschsprachigen Analysen detailreicher und genauer. Mit einer Fülle von Material über die britische Fernsehberichterstattung gehen die Autoren dann jedoch der Frage nach, inwiefern das Konzept der »eingebetteten Reporter« die Vermittlungsleistung verbessert hat. Um es kurz zu machen: Ihr Fazit ist ambivalent. Die Mehrzahl der untersuch-

ten Berichte konzentrierte sich auf die konkrete Kriegsentwicklung, nur am Rande wurden breitere Kontexte hergestellt, in deren Folge die Hauptquellen der Reporter amerikanische oder britische Regierungs- oder Militärstellen waren. So belegt die Studie zudem, dass die Berichterstattung über die irakische Bevölkerung dazu neigte, eher jubelnde statt der kritischen Stimmen im Irak zu zeigen. Bezeichnend ist auch die Feststellung, dass der Konflikt auch nach dem von Präsident Bush verkündeten offiziellen Ende weiterging: »but the embeds went home« (18). Bei aller Kritik kommen die Autoren allerdings auch zu dem Ergebnis, dass die Einbettung der Journalisten in die Kampfverbände nicht dazu führte, dass die Reporter quasi zu PR-Offizieren des Militärs mutierten. Eine Hauptleistung der Studie liegt sicherlich in dem empirisch umfangreichen Nachweis, wie die Berichterstattung in den unterschiedlichen britischen TV-Medien aufgebaut war und wie sie auf die Rezipienten gewirkt hat. Eine übergreifende, die gewonnenen Erkenntnisse der diversen Untersuchungen zusammenfassende Auswertung sucht der Leser jedoch vergebens.

Alle drei Werke liefern mit sehr unterschiedlichen Ansätzen interessante und ergiebige Einblicke in die Öffentlichkeitsarbeit vor und während des Irak-Krieges. Den Arbeiten von Andreas Elter und Magnus-Sebastian Kutz gebührt die Leistung, die manchmal offensichtlichen, manchmal subtilen Formen der Propaganda in der US-amerikanischen Kriegsführung detailliert aufgezeigt zu haben. Bei den drei Studien handelt es sich um eingängig verfasste Texte, die einen breiten Leserkreis ohne intensive Vorkenntnisse ansprechen. Wer den umfassendsten Einblick gewinnen möchte, dem sei die kombinierte Lektüre empfohlen. Denn nur wenn die PR-Strategien der Kriegsakteure und die Vermittlungsleistung der Medien gemeinsam in den Blick genommen werden, kann die Frage beantwortet werden, wessen Werkzeuge die Medien im 21. Jahrhundert sind: die der Regierungen oder des Ideals einer »demokratischen Freiheit«.

*Jochen Fischer,
Institut für Politikwissenschaft, Marburg*

RUTH R. WISSE:

Jews and Power

New York 2007

Schocken Books, 256 S.

Jews and Power – zweifellos ein Thema, das Interesse weckt und Kontroversen hervorzurufen vermag. Kontroversen, an denen es in der jüngsten Vergangenheit – insbesondere in der amerikanischen Publizistik – keinen Mangel gab. Haben doch die Thesen der beiden Politikwissenschaftler John Mearsheimer und Stephen Walt zur Rolle der »Israel Lobby« in der US-Außenpolitik gezeigt, zu welchen

Irritationen ein unsensibler und einseitiger Umgang mit dem Thema führen kann. Gibt es also ein spezifisch jüdisches Verhältnis zur Macht? *Ruth R. Wisse*, Professorin für jiddische Literatur und Komparatistik an der Harvard University und selbst eine der schärfsten Kritikerinnen von Mearsheimer und Walt, bejaht diese Frage. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass dem Judentum eine Anpassung an dauerhafte Machtlosigkeit inhärent war. Der Mangel an politischer Macht habe zur Verwundbarkeit der jüdischen Nation beigetragen. Wisses unfraglich einseitige, aber ebenso couragierte Argumentation läuft daher auf folgende zentrale Thesen hinaus: Der Zionismus sei die logische Konsequenz aus dieser konstanten Machtlosigkeit, der Staat Israel letztlich der einzige Garant für die Sicherheit des jüdischen Volkes, und ein allzu nachsichtiger und auf Aussöhnung um jeden Preis bedachter Umgang mit den Gegnern dieses jüdischen Staates berge mehr Gefahren als Chancen in sich. Offen bekennt sich Wisse als Gegnerin der israelisch-palästinensischen Friedensvereinbarungen von Oslo, die einer unnötigen Kapitulation gleichkämen. Ebenso offen hinterfragt sie die Aussichten eines Festhaltens am Konzept »Land für Frieden«. Ohne Frage, diese Thesen bieten genug Material für Kontroversen.

In ihrer Arbeit geht es der Autorin zunächst darum, die Faktoren und Eigenschaften zu ergründen, die für die politischen Aspekte jüdischen Lebens charakteristisch sind. Obwohl Juden dauerhaft eine Nation bildeten, hätten sich durch das jahrhundertelange Leben in der Diaspora und die Erfahrung des Antisemitismus im 19. und 20. Jahrhundert besondere, atypische Muster eines jüdischen Politikverständnisses herausgebildet, denen die moderne Politikwissenschaft bislang kaum Aufmerksamkeit geschenkt habe. Es seien zwar vielfach die religiösen, kulturellen und philosophischen Aspekte des Judentums zum Inhalt wissenschaftlicher Untersuchungen gemacht worden, jedoch gebe es ein mangelndes Interesse an der jüdischen Nation als spezifisch politischer Einheit. Dies habe zu der falschen Annahme geführt, es gebe keine »Jewish politics«. Wisses Anspruch ist es, diese Lücke zu schließen. Ihr geht es insbesondere darum, die Korrelation zwischen der Politik von Juden und ihren dauerhaften und selbsternannten Widersachern – die Autorin verwendet hier den etwas merkwürdigen Begriff »anti-Jews« – zu beleuchten. Dabei geht sie den Fragen nach, wie und warum der Antisemitismus zu einer dominanten Kraft in der internationalen Politik werden konnte und warum Juden nach wie vor vielfach als Sündenböcke für eine verfehlte Politik herhalten müssten.

Als entscheidenden Ausgangspunkt für das Verhältnis der Juden zu politischer Macht sieht Wisse den erstmaligen Verlust der eigenen jüdischen Souveränität im babylonischen Exil im 6. Jahrhundert vor Christus. Dies habe dazu geführt, dass im frühen Judentum Gott als Garant der politischen Macht der Juden angesehen wurde. Daraus resultierte ein zunächst fast ausschließlich transzendentes Verständnis von Macht, das moralische Integrität der militärischen Stärke vorzog. Das babylonische Exil habe insofern als Beleg gedient für die Fähigkeit der jüdischen

Nation, außerhalb der Grenzen Israels ohne eigenes Staatsterritorium, ohne eigene zentrale Staatsgewalt und ohne die Fähigkeit zur Selbstverteidigung zu überleben. Zugleich, so Wisse, sei es eine entscheidende Voraussetzung für die Anpassung an das fortdauernde Leben in der Diaspora nach dem Fall Jerusalems und der Zerstörung des Herodianischen Tempels im Jahr 70 n. Chr. gewesen. Über Jahrhunderte waren Juden fortan vom Wohlwollen und der Gesetzgebung verschiedener lokaler Autoritäten abhängig. Ohne die Möglichkeit der politischen Partizipation habe dies ein besonders hohes Maß an Kreativität und Anpassungsfähigkeit an politische und sozioökonomische Gegebenheiten verlangt. Erstaunlicherweise habe jedoch die mit der Französischen Revolution einsetzende Auflösung der politischen Hierarchien in Europa neben der willkommenen rechtlichen Emanzipation der Juden auch konträre, nicht antizipierte Folgen gehabt. Denn je spürbarer die Juden von der Moderne profitierten, desto häufiger wurden sie für die mit ihr einhergehenden gesellschaftlichen Umwälzungen verantwortlich gemacht, so Wisse. Diese Mentalität habe den Boden für jenen Antiliberalismus und Antisemitismus bereitet, der schließlich im Holocaust gipfelte.

Im Aufkommen des Zionismus als Antwort auf den europäischen Antisemitismus erblickt die Autorin daher einen historischen Wendepunkt. Erst mit der Wiederherstellung der Souveränität des jüdischen Volkes im Land Israel habe ein Umdenken im Bezug auf den politischen Machtbegriff stattgefunden. Die Herausbildung eines Bekenntnisses zu politischer und militärischer Macht sei die entscheidende Voraussetzung für die Sicherheit Israels und der Juden insgesamt. Zugleich richtet die Autorin eine Warnung an jene liberalen Juden in Israel und Amerika, denen sie Leichtgläubigkeit und ein illusionäres Verständnis im Umgang mit Israels Nachbarn und Feinden unterstellt. Der Begriff »appeasement« bleibt dabei, wohl wegen seiner historischen Dimension, zwar unausgesprochen, allerdings zeigt Wisse hier offen ihre Nähe zu den Positionen des israelischen Likud und des (neo-)konservativen Flügels des amerikanischen Judentums. Dieser hatte zuletzt bereits mit Veröffentlichungen wie »»Progressive« Jewish Thought and the New Anti-Semitism« (American Jewish Committee 2006) in der jüdischen Gemeinschaft scharfe publizistische Auseinandersetzungen hervorgerufen. Der dort erhobene Vorwurf, liberale und progressive Juden würden ein gegenwärtiges Wiedererstarken des Antisemitismus bestenfalls verkennen und schlimmstenfalls begünstigen, taucht in »Jews and Power« an der ein oder anderen Stelle, wenn auch in abgeschwächter Form, wieder auf. Aus ihrer Bewunderung für Neocons wie Norman Podhoretz und Neal Kozodoy macht Wisse jedenfalls keinen Hehl. Letzterem ist ihr Buch gewidmet.

Auch wenn man ihre politischen Ansichten nicht teilt, wird man als Leser für Wisses couragierte und zugleich provokative Argumentation einige Anerkennung finden. Gleiches gilt für die sprachliche Eleganz ihres Essays. Die Radikalität mancher Thesen mag auf den ersten Blick durchaus abschreckend wirken. Verständlicher wird ihre Haltung erst vor dem Hintergrund ihrer persönlichen Geschichte

als Flüchtling aus dem von Nazi-Deutschland unterworfenen Europa. »Jews and Power« gibt insofern auch einen Einblick in das Seelenleben jener Generation von amerikanischen Juden, die den Holocaust überlebt haben und, wenn auch aus einiger Distanz, mit dem zionistischen Projekt aufgewachsen sind. In dieser Hinsicht ist Wisses Buch auch ein authentisches Dokument der Zeitgeschichte, wenn auch manchmal mehr Symptom als Diagnose einer polarisierten Debatte. Die darin enthaltenen Ängste vor einem Wiedererstarken des Antisemitismus sind zweifellos glaubwürdig und sollten von Kritikern nicht als übertriebene Sensibilität missverstanden werden. Die Schlussfolgerungen, die Wisse daraus zieht, sind ebenso kontrovers wie lesenswert.

*Tim Maschuw,
Bonn*

Ein anderes Europa ist möglich

MICHEL REIMON / HELMUT WEIXLER:

Die sieben Todsünden der EU. Vom Ausverkauf einer großen Idee

Wien 2006

Verlag Carl Ueberreuter, 192 S.

Im Jahr 2005 sagten die Franzosen bei der Volksabstimmung über den EU-Verfassungsvertrag: »Non!« Wenig später hieß es aus den Niederlanden ebenfalls: »Nee!« Damit war das ehrgeizige Projekt vorerst gescheitert, obwohl es immerhin durch 18 von damals 25 und heute 27 Mitgliedsstaaten (meist parlamentarisch) ratifiziert wurde. Die schockierten Staats- und Regierungschefs verordneten sich sowie ihren Bürgerinnen und Bürgern daraufhin erst einmal eine »Phase der Reflexion«, bevor sie 2007 einen neuen Versuch starteten. Der jetzt zur Ratifizierung anstehende Lissabonner Vertrag deckt sich im Wesentlichen mit dem Verfassungsvertrag, wenngleich der Europäische Rat jegliche Verfassungssymbolik aus dem Text gestrichen hat. Nun soll in allen Staaten, in denen ein Referendum nicht zwingend vorgeschrieben ist, darauf verzichtet werden, um eine Wiederholung des Debakels von 2005 zu vermeiden.

Dieser krumme Weg ist bestimmt nicht im Sinne der beiden intellektuellen Altermondialisten Michel Reimon und Helmut Weixler. In ihrem 2006, also in der erwähnten Zeit des Nachdenkens, erschienenen Buch unterstreichen sie u. a., dass eine aktive Bürgerbeteiligung eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen des Integrationsprozesses sei. Allerdings soll es ein anderes Europa als das bisherige sein, fordern die Autoren. Denn die EU in ihrer heutigen Gestalt leide an sieben Todsünden. Sie sei:

- ▶ undurchschaubar, weil der Ministerrat zu viel, das Europäische Parlament und die Bevölkerung hingegen zu wenig zu sagen haben;

- ▶ überfordert, weil die Erweiterungsrounds nicht von einer angemessenen Vertiefung der Integration begleitet werden;
- ▶ stur, weil sie sich beim Euro ausschließlich an der Geldwertstabilität, nicht aber an wachstums- und beschäftigungspolitischen Zielen orientieren;
- ▶ egoistisch, weil sie einen rigorosen Standortwettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten fördern, statt z. B. die Unternehmenssteuern zu harmonisieren;
- ▶ zügellos, weil sie der Deregulierung regelmäßig den Vorzug gegenüber gemeinsamen Umwelt- und Sozialstandards auf hohem Niveau geben;
- ▶ kaltherzig, weil sie ihr inneres Liberalisierungsprogramm auch auf Weltebene verfolgen, statt die Globalisierung positiv zu gestalten;
- ▶ und kurzsichtig, weil sich in Brüssel regelmäßig die Sonderinteressen der Industrie gegenüber legitimen Bürgeranliegen durchsetzen.

Jedem der sieben Punkte in diesem Sündenregister widmen Reimon und Weixler ein eigenes Kapitel. Bereits eine Lektüre des Inhaltsverzeichnisses macht deutlich, worum es ihnen geht: Die EU in ihrer gegenwärtigen Gestalt soll als bürgerfernes neoliberales Elitenprojekt gebrandmarkt werden, das von unten herauf reformiert werden muss. Diesem Hauptteil des Buchs haben die Autoren einen chronologischen Überblick über die Entstehung und das Scheitern des Verfassungsvertrags vorangestellt. Den Abschluss bildet ein leider nur knapp gehaltener Abschnitt, der in Abwandlung eines Slogans der globalisierungskritischen Bewegung mit der Losung überschrieben ist: »Ein anderes Europa ist möglich«. Bleibt die Frage: Und wie wollen die Autoren die ausführlich kritisierte EU reformieren? Mit Hilfe von sieben, zum Abschluss leider nur knapp skizzierten Tugenden: Leidenschaft, Engagement, Solidarität, Kooperation, Nachhaltigkeit, Gestaltungswille und Zähigkeit. Was unter diesen Stichworten angerissen wird, hätte durchaus ein eigenes Buch verdient. Darin dürften jedoch nicht nur politische Wünsche geäußert, sondern es müssten auch die bisherigen positiven Leistungen Brüssels gewürdigt werden. Wir wollen im Folgenden den Tenor der ausführlich geäußerten Kritik an der heutigen EU herausarbeiten.

Da ist zunächst der Vorwurf der Bürgerferne. Um diesen zu belegen, polemisieren Reimon und Weixler immer wieder gegen drei Akteursgruppen. Das betrifft erstens den Rat als Vertretung der nationalen Regierungen, die im Gegensatz zum direkt gewählten Europäischen Parlament an der gesamten Rechtsetzung der EU maßgeblich beteiligt sind, wodurch die klassische Gewaltenteilung à la Montesquieu ausgehebelt wird. Wie der Rat hinter verschlossenen Türen verhandelt, dringt nur selten nach außen. Es sei denn, dass wie 1999 bei der Beratung der Autorichtlinie unbemerkt eine Kamera mitläuft. Was auf diese Weise in den Preserraum übertragen wurde, beschreiben die Verfasser als unwürdiges Schauspiel, das zu verbergen die Beteiligten allen Grund haben. Die zweite in dem Buch angegriffene Gruppe umfasst die landläufig unter dem Begriff Eurokraten zusammengefassten, also die permanent und exklusiv für die europäischen Institutionen tätigen Akteure. Sie begegnen uns z. B. in Gestalt des ehemaligen Kommissars Frits Bolkestein, der den umstrittenen Entwurf für eine Dienstleistungsrichtlinie

zu verantworten hatte, oder der als »Autisten« (90 ff.) verunglimpften Vertreter der Europäischen Zentralbank (EZB). Drittens nehmen Reimon und Weixler den Kreis der Experten und der organisierten Interessenvertreter aufs Korn, die Brüssel nach Washington D. C. zum zweitgrößten Lobbyplatz der Welt gemacht haben. Es sei vor allem die Industrie, die sich zu Lasten von Verbraucher- und Umweltschützern bei den Eurokraten durchzusetzen wisse.

Nun, dass die EU im Vergleich zu nationalen politischen Systemen und gemessen an herkömmlichen Maßstäben an einem Demokratiedefizit leidet, ist hinlänglich bekannt. Sie ist weder ein bloßer Staatenbund noch ein Bundesstaat, sondern ein Gebilde eigener Art, das vom Bundesverfassungsgericht einmal als Staatenverbund bezeichnet wurde. Was Reimon und Weixler umschreiben, hat die Politikwissenschaft bereits hinlänglich als Mangel an Input-Legitimität bzw. Überlänge der jeweiligen Legitimationsketten diskutiert. Politologische Schriften haben die Autoren jedoch nicht zu Rate gezogen. Und so entgeht ihnen auch die in den letzten Jahren geführte Debatte über die Frage, inwieweit wir es in Brüssel einfach mit einer neuen, nämlich deliberativen Form der Demokratie zu tun haben, die sich zwar von der bekannten repräsentativen Demokratie unterscheidet, aber nicht zwangsläufig illegitim sein muss. Kundige Leser wissen zudem, dass die Europäische Kommission in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen hat, die Transparenz ihrer Arbeit zu erhöhen, und dass auch im Europäischen Parlament über eine bessere Regulierung der Kontakte zwischen Abgeordneten und Lobbyisten nachgedacht wird.

Was die Politikinhalte betrifft, konzentrieren sich Reimon und Weixler auf ausgewählte ökonomische Sachverhalte, um quasi die Output-Legitimität der EU in Frage zu stellen. Die Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Zusammenarbeit im Bereich Inneres und Justiz bleiben beispielsweise außen vor. Eine ausführliche Analyse der Agrarpolitik, die angesichts ihres Anteils am Haushalt der Union ein eigenes Kapitel verdient hätte, unterlassen die Autoren ebenfalls. Außerdem fällt auf, dass sie Grundsatzdebatten vermeiden, d. h. neoliberale Tendenzen der europäischen Wirtschaftspolitik zwar kritisieren, aber die dahinter stehenden volkswirtschaftlichen Theorien und Konzepte bestenfalls andiskutieren, ohne etwa in den Anmerkungen auf entsprechende wissenschaftliche Kontroversen zu verweisen. Selbst Lesern ohne vertiefte ökonomische Vorkenntnisse könnten an der Stichhaltigkeit mancher Argumente zweifeln. So könnten sie z. B. fragen: Warum sollte Europa mit einer nach deutschem Vorbild geschaffenen EZB so schlecht fahren, wie es in dem entsprechenden Abschnitt des Buchs dargestellt wird? Immerhin hat die Bundesrepublik mit der Geldpolitik der weisungsunabhängigen Bundesbank durchaus positive Erfahrungen gemacht. Wer solche Einwände hegt, erhält keine befriedigenden Antworten. So sicher sind sich die Verfasser der hier besprochenen Streitschrift ihrer Sache.

Reimon und Weixler setzen nicht auf wissenschaftliche Tiefe, sondern auf einen flotten Schreibstil und schnelle Effekte, aber auch auf anschauliche Anekdoten

und Beispiele, die sie mit relativ leicht verdaulichem Zahlenmaterial würzen, um ihre politische Botschaft zu vermitteln. Ihre Sprache ist durchweg scharfzüngig. Dazu passen die verwendeten Quellen, die aus den Anmerkungen am Ende des jeweiligen Kapitels ersichtlich werden. Es handelt sich überwiegend um Zeitungen und Zeitschriften, im Internet verfügbare Texte sowie Veröffentlichungen von kritischen Nichtregierungsorganisationen. Diese Auswahl verwundert nicht, denn Reimon ist als Journalist bzw. Buchautor tätig. In Wien unterrichtet er politische Kommunikation, während Weixler als Pressesprecher der Grünenfraktion im Europäischen Parlament in Brüssel arbeitet. Ihr gewohntes Publikum besteht also weder aus Experten noch aus Studenten der Politik- oder Wirtschaftswissenschaft. Die würden aus dem Buch wohl nur wenig Neues erfahren, sondern könnten darin allenfalls spannende Illustrationen weitgehend bekannter Zusammenhänge entdecken oder Punkte ausmachen, die zum Widerspruch reizen. Einer breiteren Leserschaft bietet der Band hingegen einen längst nicht erschöpfenden, aber leicht verständlichen Einstieg in die europäische Politik, der zum Weiterlesen anregt.

*Axel Biallas,
Leipzig*

STEVE WOOD/WOLFGANG QUAISSER:

The New European Union. Confronting the Challenges of Integration

Boulder/London 2008

Lynne Rienner Publishers, 253 S.

Die Europäische Union hat sich gerade im Laufe der letzten Jahre erheblich verändert. Die Zahl ihrer Mitgliedstaaten hat sich nahezu verdoppelt. An inneren und äußeren Herausforderungen mangelt es nicht, auch wenn in dieser Beziehung die Lage nicht viel anders ist als zu früheren Zeiten. Denn an Herausforderungen, realen oder vermeintlichen, um Veränderungen in den Politiken und Institutionen der EU zu begründen, hat es der EU eigentlich selten gefehlt. Nur die Natur der Herausforderungen hat sich geändert. Insofern ist ein Buch, das sich die Aufgabe stellt, in überschaubarem Rahmen diese neue EU im Kontext ihrer aktuellen Herausforderungen zu analysieren und darzustellen, sicher ein verdienstvolles Unterfangen. Im vorliegenden Fall haben sich zwei Autoren dieser Aufgabe gewidmet, die beide viel über Osteuropa und die EU gearbeitet haben. Vor allem Wolfgang Quaisser vom Osteuropainstitut (früher München, jetzt Regensburg) ist den Lesern der IPG aus mehreren Beiträgen im Laufe der letzten Jahre bekannt. Sein Koautor Steve Wood ist Australier, was der Analyse einen kritischen Außenblick verleiht.

Tatsächlich deckt das Buch einen großen Teil der mit der europäischen Integration verbundenen Fragen ab. Es beginnt mit einer knappen Beschreibung der

Geschichte, der Institutionen und der offenen Fragen und Herausforderungen. Die fünf Hauptkapitel behandeln danach die politische Ökonomie von Vertiefung und Erweiterung, das Verhältnis von Staaten und Gesellschaften im Zuge der Europäisierung, die wichtigsten Gemeinschaftspolitiken, die globale Rolle der EU und ihre Nachbarschaftspolitik. Ein abschließendes Kapitel versucht einen Ausblick in Form einer Szenarioanalyse. Obwohl der Leser im Zuge der Lektüre eine Menge nützlicher Informationen und Positionen geboten bekommt, irritieren doch eine Reihe von Schwächen auf verschiedenen Ebenen.

Trotz der breiten Palette von Themen vermisst man aber wichtige Politikfelder. So ist die gesamte dritte Säule der Innen- und Justizpolitik bedenklich unterbelichtet. Europol, Schengen, Prüm sowie die Asyl- und Einwanderungspolitik werden, wenn überhaupt, nur am Rande behandelt. Ähnliches gilt für die Entwicklungspolitik, obwohl ansonsten Außenbeziehungen eine gewichtige Rolle spielen. Die Beziehungen zu den AKP-Staaten bleiben ebenso unerwähnt wie die Kooperation mit Lateinamerika oder Süd- und Südostasien.

Aber auch da, wo Themen mehr Platz gewidmet wird, wirkt die Behandlung oft eklektisch. Häufig übernehmen die Autoren zu bestimmten Fragen weitgehend die Analyse von Dritten, ohne dass deutlich wird, warum sie unter der Fülle möglicher Sichtweisen gerade jene auswählen. Nun kann man sicher nicht erwarten, dass jemand in allen Bereichen eines so komplexen Themenfeldes wie der EU gleichmäßig tieferschürfend gearbeitet hat. Aber das Buch leidet darunter, dass bestimmte Fragen scheinbar zufällig recht breit und/oder tief behandelt werden, andere dagegen eher oberflächlich und knapp. Warum haben die Autoren zum Beispiel ausgerechnet eine Analyse von Emmannoulidis zur Überwindung der Verfassungsvertragskrise ausführlich über zwei Seiten (70–72) mit einer detaillierten Darstellung von fünf Optionen übernommen, obwohl sie kurz darauf (72) feststellen, dass das Ergebnis des Gipfels vom Juni 2007 keiner dieser Optionen entspreche, sondern einen Mix darstellt?

Gelegentlich bestimmen anscheinend auch vorgefasste oder schlicht übernommene Positionen die Einschätzung und Analyse, obwohl sie auch im Lichte der selbst präsentierten Fakten wenig überzeugen – ganz zu schweigen bei Heranziehung anderer Argumente und Evidenz. So dominiert etwa bei der Darstellung der ökonomischen Probleme und des europäischen Sozialmodells (42ff.) eine weit verbreitete Kritik am Wohlfahrtsstaat, die sich fast ausschließlich auf André Sapir stützt. So wird ein Widerspruch zwischen Gleichheit (»equity«) und Effizienz (»efficiency«) unterstellt und vermutet, dass höhere Staatsausgaben oder Lohnkosten Aufholprozesse stören. Gleichzeitig wird das nordische Modell vorgestellt, das offensichtlich diesen Widerspruch gelöst hat. Die harsche Kritik am kontinentalen Modell blendet weitgehend makroökonomische Erklärungen seiner schlechten Performance aus und überschätzt die Leistungen des angelsächsischen Modells.

Zum uneinheitlichen Gesamteindruck des Buches trägt auch bei, dass der Leser das Gefühl nicht loswird, dass hier Teilanalysen aus zeitlich verstreuten Arbeits-

phasen ohne gründliche Redaktion des ganzen Werkes zusammengestellt wurden. Bestimmte Kapitel (z. B. das zur Nachbarschaftspolitik) wurden anscheinend schon 2006 beendet, andere im zweiten Halbjahr 2007. So ist weder auf der zentralen Eingangskarte der EU (angeblicher Stand 2007) noch in der Tabelle (6.1) der Nachbarländer auf S. 157 der Tatsache Rechnung getragen, dass Montenegro seit Juni 2006 ein selbständiger Staat ist. Und warum befindet sich der Abschnitt zur Verteilung der Stimmen in der EU (81–83) im Kapitel über die wichtigsten Politikfelder und nicht da, wo er hingehört, nämlich im vorherigen Kapitel, wo Institutionen und Entscheidungsprozesse behandelt werden? Die teils sehr spekulative Szenarioanalyse am Schluss des Buches greift kaum systematisch auf die Befunde zurück, die in der gesamten vorherigen Untersuchung zusammengetragen wurden.

Redaktionelle Mängel stören auch immer wieder im Kleinen. So gibt es im Einleitungskapitel zwei sehr nützliche tabellarische Übersichten, die erste über die sechs Erweiterungen (wo man auch noch die Erweiterung um die DDR hätte erwähnen können), die zweite über die wichtigsten Vertiefungsschritte. In dieser zweiten tauchen überflüssigerweise die beiden letzten Erweiterungen noch einmal auf, allerdings nur sie und nicht die anderen. An vielen Stellen werden detailliert die Ansichten und Handlungen einzelner prominenter Politiker wiedergegeben, während sonst über weite Strecken eine strukturelle Sichtweise dominiert. Man sollte nicht versuchen, die großen Linien eines historischen und kontinentalen Integrationsprozesses nachzuzeichnen, und sich gleichzeitig im aktuell scheinbar Wichtigen verlieren, das bis zur Drucklegung dann doch überholt ist. Es ist schade, dass ein großer Wurf so unter handwerklichen Fehlern leidet.

*Michael Dauderstädt,
Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn*